Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 12

Artikel: Der Kolchosebauer im kommunistischen System lebt vom Mehl in der Zwickmühle

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076760

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Kolchosbauer im kommunistischen System

lebt vom Mehl der Zwickmühle

Die Lage des Arbeiters hinter dem Eisernen Vorhang zeigt die Konsequenz der kommunistischen Parteipraxis seinem Stand gegenüber auf (siehe letzte Untersuchungen). Anders beim Bauern. Seine Situation enthüllt gerade die Inkonsequenz der Parteipraxis auf dem landwirtschaftlichen Sektor. Das Kolchosmitglied als typischer Vertreter der kommunistischen Agrarwirtschaft lebt von der Unzulänglichkeit des Systems, vom Unvermögen des Regimes, die angestrebte Totalkollektivierung auch sinngemäss bis ins Detail durchzuführen.

Das ist dem Paradox zuliebe etwas übertrieben ausgedrückt, aber als Faustregel stimmt es: Der Kolchosbauer, offiziell die Verkörperung des kommunistischen Gemeinschaftsgedankens, basiert seine Existenz auf seine dem Kollektiv abgeluchste Privatwirtschaft. Das System kann dagegen sehr viel unternehmen (und tut es), aber wenig zu Ende führen. Denn die Versorgung des Landes hängt vielleicht weniger vom Getreidefeld vor dem Haus als vom Gärtchen an der Hintertüre ab. Aber das muss erklärt werden:

Der Kolchos ist ...

eine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) unter Staatskontrolle und normale Form der Besitzgemeinschaft auf dem Lande. Daneben gibt es die Sowchosen (Staatsgüter) mit ihren Landarbeitern und noch einen kleinen Restbestand an Einzelbauern (die in Polen und Jugoslawien vorwiegen). Die Kolchosen können in ihrer Grösse sehr stark variieren, hundert oder auch fünftausend Mitglieder umfassen, aus einem Weiler bestehen oder aus einer Siedlung von städtischem Charakter, was übrigens allgemeines Ziel darstellt. Zweck dieser unterschiedlichen Gemeinschaften mit entsprechenden Variationen in der Organisation ist rationelle Bewirtschaftung des Bodens unter Vollausnützung der gemeinschaftlichen Geräte und Maschinen sowie Koordination der Arbeit. Das LPG-Mitglied hätte unter diesen Umständen kein Bedürfnis nach persönlichem Profit, sondern nur am gemeinschaftlichen Ertrag, von dem er sein angemessenes Teil in natura oder Geld (moderne Tendenz) erhalte. Die kommunistische Theorie sieht keinen Grund, weshalb dieses System nicht besser und rentabler funktionieren sollte als das freie Bauerntum mit persönlichem Produktionsprofit.

... nicht was er scheint

Dafür aber sieht der Bauer solche Gründe. Vor allem erkennt er, dass er vom so erreichen Ertrag persönlich nur einen kleinen Gegenwert erhält. Die Gemeinschaftserzeugung wird gemeinschaftlich verkauft, selbstverständlich wiederum an Gemeinschaften, nämlich speziellen Einkaufsgenossenschaften, von wo aus es wieder an genossenschaftliche Detailhandelsgeschäfte geht. Die Preise sind zum voraus festgelegt. Sie decken auch die Kosten des ganzen dazu notwendigen bürokratischen Mechanismus. Der Kolchos selbst hat ebenfalls seine Organisation mit Parteifunktionären, die auch leben wollen. Dazu fliessen Gelder in den «unteilbaren Kolchosfonds», dazu kommen Unkosten und Abgaben aller Art. Kurz der Kolchosbauer sieht, dass ihm vom erzeugten Wert nur ein Bruchteil bleibt, und dass ihm ein bedeutender Mehrwert entgeht (Mehrwert ist nach marxistischer Definition der Profit der ausbeutenden Klasse, der eigentlich dem werktätigen Produzenten gehörte). Dem LPG-Mitglied fehlt der Anreiz, mehr zu produzieren, weil er selbst nicht mehr davon profitiert. Dazu kommt noch, dass bei totaler Gemeinschaftlichkeit die Selbstversorgung sogar am Eigenprodukt wegfällt, was nicht nur dem gesunden Empfinden des Bauernstandes widerspricht, sondern auch die Sachen kompliziert. Das Desinteressement des LPG-Mitgliedes unter diesen Umständen erklärte sich sogar, wenn man das Argument von der Verbundenheit mit der Scholle gar nicht gelten lässt.

Das Seilziehen

Mit dem fehlenden Interesse der landwirtschaftlich Beschäftigten bei Totalkollektivierung hat der Kommunismus seine Erfahrung gemacht. Ein diesbezüglicher Versuch Stalins hatte in den dreissiger Jahren zur Hungersnot geführt, der vielleicht an die drei Millionen Menschen zum Opfer fielen. Die Errichtung landwirtschaftlicher Volkskommunen in China hatte in den letzten Jahren ebenfalls schwere Versorgungsschwierigkeiten zur Folge (in beiden Fällen spielten allerdings auch noch andere Gründe mit).

Hier haben nun die Sowjetunion und die europäischen Satelliten in einen Kompromiss eingewilligt, der nach dem Parteiwillen allerdings nur vorübergehender Natur sein soll. Bis die LPG-Bauern soweit im «sozialistischen Bewusstsein» fortgeschritten sind, dass sie den persönlichen Ertragsprofit zugunsten der Gesellschaft völlig vergessen, ist ihnen ein Stück Land zur privaten Bewirtschaftung überlassen. Diese «Nebenwirtschaft» oder «Hofstelle» soll ihren privaten Bedürfnissen dienen.

Die Maximalgrösse ist sowohl absolut (ein Viertel bis eine Hektare, je nach Wirtschaftsrayon in der Sowjetunion) als auch relativ (nicht mehr als vier Prozent des gesamten Bodens) festgelegt. Hier wird vorwiegend Gemüse gezogen. Auch eine beschränkte Zahl von Vieh (namentlich Schweine, Schafe und Geflügel) gehört zur Nebenwirtschaft. Sie gibt es — meist zum Gemüsegarten verkleinert — auch in den Sowchosen. Aber hier zeigt sich nun, warum der Bauer vom Unterschied zwischen Parteiwillen und Parteikönnen lebt. Da er über den Ertrag der Nebenwirtschaft verfügen kann, konzentriert sich sein ganzes Interesse auf sie.

(Fortsetzung Seite 7)

---

den Entzug sowjetischer Wirtschaftshilfe, dann im Juni die offizielle Verurteilung durch die Kominform (diese Vereinigung der kommunistischen Parteien wurde im April 1956 aufgelöst). Die Wirtschaftsblokkade durch den Ostblock, die bis zu Stalins Tod 1953 dauerte, überstand Jugoslawien dank westlicher Hilfe. In der internen Entwicklung gab es allerdings keine Abkehr vom Kommunismus, wenn auch einige besondere jugoslawische Formen auftraten. Ende 1948 wurden die Arbeitsnormen für alle Wirtschaftszweige nach sowjetischem Muster eingeführt, im Februar 1949 die Verschärfung der Kollektivierung beschlossen, wohl um sowjetischen Vorwürfen über den mangelhaften Aufbau des Sozialismus den Boden zu entziehen.

Anderseits brachten die Jahre nach 1950 verschiedene politische, soziale und wirtschaftliche Reformen, die den «titoistischen Weg zum Sozialismus» charakterisieren können. So brachte die zweite Verfassung vom 31. Januar 1953 etliche Aenderungen. So wurde der Produzentenrat als besondere Behörde der Bundesversammlung eingeführt. In diese Kammer des Parlaments gelangen Vertreter der Wirtschaftsorganisationen. Dabei unterscheidet man zunächst zwei Produktionsgruppen, nämlich der Industrie und der Landwirtschaft, und zwar erfolgt die Vertretung auf Grund des Anteiles der betreffenden Wirtschaftssektoren am Nationaleinkommen. Die erste Gruppe stellte 1958 nach diesem Schlüssel 168 Abgeordnete, die zweite lediglich 48, obwohl damals die Landbevölkerung mit 56 Prozent der Gesamtbevölkerung angegeben wurde. Die Abgeordneten werden auf je 70 000 in der Produktion tätigen Einwohner gewählt und von den Wirtschaftsorganisationen in den einzelnen Administrativbezirken aufgestellt. Das System findet seine Entsprechung bis hinab in die Kommunalverwaltung, wo der «Volksausschuss» (das mit beträchtlichen Kompetenzen ausgestattete Gemeindeparlament) neben dem Gemeinderat seinen Produzentenrat hat. Diese Wirtschaftsvertretung in der politischen Behörde (wobei die Kandidatenlisten von der Partei aufgestellt werden) ist eine besonders typische jugoslawische Eigenschaft und ein titoistisches Propaganda-Argument. Nicht zuletzt wird es in den Dienst der Arbeiterausbeutung gestellt.

1950 wurde die Arbeiterselbstverwaltung gesetzlich begründet, wobei den «Arbeiterräten» in den verschiedenen Wirtschaftszweigen erhebliches Mitsprache- und Kontrollrecht in Wirtschaftsverwaltung zugestanden wird. Hier stellt die Partei die Kandidaten nur mittelbar via Gewerkschaften auf. In ähnlicher Weise gibt es andere Arten der «gesellschaftlichen Selbstverwaltung».

1953 wurde die Zwangskollektivierung auf dem Lande eingestellt und der freiwillige Austritt aus den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zugelassen. Davon wurde reichlich Gebrauch gemacht, so dass heute die Privatbauern dominieren. Allerdings tendiert die neuere Entwicklung auf vorsichtige Neukollektivierung mit verschiedenen möglichen Zwischenstufen der Zusammenarbeit zwischen Privatbetrieben und dem «sozialistischen Sektor». Die aussenpolitische wechselnde Situation Jugoslawiens innerhalb der kommunistischen Staaten nach 1948 haben wir skizziert. Die weitere Entwicklung ist ungewiss. Sicher ist, dass Moskau bei erster Gelegenheit versuchen wird, die jugoslawische Sonderstellung rückgängig zu machen. Eine zielbewusste westliche Politik (Unterstützung der nationalistischen Kräfte nach personellem Wechsel an der Spitze) könnte dem entgegenwirken.